

derung der nominell zu westdeutschen Diözesen gehörigen Jurisdiktionsbezirke in der DDR und die Herabstufung der dortigen bischöflichen Administratoren zu Weihbischöfen resp. bischöflichen Vikaren. Von brisanten personellen Konstellationen, die dabei entstünden, und der Frage des Weiterbestehens oder auch Ausbaues gewichtiger kirchlicher Einrichtungen (z. B. des theologischen Studiums in Erfurt) abgesehen: damit würde nicht nur diözesaner (bischöflicher) Ehrgeiz hier die Oberhand über tatsächliche seelsorgliche Bedürfnisse dort gewinnen. Es würde auch eine durchaus dringende, aber nicht von heute auf morgen zu bewerkstellende gesamtdeutsche Revision der Diözesangrenzen auf den St.-Nimmerleins-Tag verschoben. Es wird gut sein, dies hierzulande wie in Rom im Auge zu behalten. ⁵⁶

„Völkerfreundschaft“

Ausländerfeindliche Stimmungen in der DDR

In Gesprächen und Beobachtungen jenseits der ehemaligen deutsch-deutschen Grenze, in selbstkritischen Analysen von Wissenschaftlern und Kirchenleuten aus der DDR, in Berichten deutscher und internationaler Medien tauchen sie mit unvermeidlicher Regelmäßigkeit auf: die *latenten oder manifesten ausländerfeindlichen Stimmungen* in der DDR. „Katastrophal“ sei der Bewußtseinsstand der DDR-Bürger gegenüber Ausländern überhaupt und erst recht gegenüber „rassisch auffälligen Menschen wie Schwarzen und Asiaten“, hat die Ausländerbeauftragte des Ostberliner Magistrats konstatiert. Es dürfte weder Panikmache noch Schwarzmalerei sein, wenn sie diese Beurteilung durch die Aussage ergänzte, tagtäglich würden in Ostberlin Ausländer beschimpft oder „einfach so“ auf der Straße zusammengeschlagen. Pöbeleien gegenüber Ausländern, selbst tätliche Angriffe, auch wenn Schilderungen von Einzelfällen nicht verallgemeinert werden dürfen,

sind nach der Wende offenbar tatsächlich keine Seltenheit mehr. Vorurteile bis hin zu massiver Feindseligkeit gegen die Fremden aus der Dritten Welt, gegen die polnischen Nachbarn, gegen die wenigen noch in der DDR lebenden Juden äußern sich vernehmlicher als Verständnis und Toleranz. Nach einer im April dieses Jahres veröffentlichten Untersuchung des Ostberliner Zentralinstituts für Jugendforschung ist jeder vierte Schüler und Lehrling gegen Ausländer eingestellt. Und auch das ist wohl sicher: Mit dem bisher ungewohnten Ringen um Arbeitsplätze wird diese Tendenz noch zunehmen.

Dies registrieren heißt nicht, Überlegenheitsgefühlen im Westen – sei es in der Bundesrepublik, sei es im europäischen Ausland – das Wort reden, wo zur Selbstbesinnung in Sachen Ausländerfeindlichkeit allemal immer noch Anlaß genug besteht. Allerdings würde die Sache zu leicht nehmen, wer die ressentimentgeladenen Emotionen in der DDR einfach zum europäischen Normalfall herunterbagatellisiert. Es gibt einiges ernst zu nehmen und aufzuarbeiten, wenn sich im einigen Deutschland nicht irrationale Xenophobien und dumpfer Provinzialismus ausbreiten sollen. Anfällig dafür sind, wie bekannt, nicht nur die Deutschen, die in der bisherigen DDR leben. Die Ansteckungsgefahr des Bazillus Fremdenangst ist beträchtlich.

Die *Ursachen der DDR-spezifischen Ausländerfeindlichkeit* liegen nicht im Quantitativen. Die rund 180 000 in der DDR lebenden Ausländer machen nur etwa 1,2 Prozent der Bevölkerung aus, ein Anteil, der weit unter dem in allen anderen Industrieländern liegt. Was dagegen schwer wiegt, sind psychologische und gesellschaftliche Verwerfungen, verdrängte Erbschaften und ideologisch begründete Unehrlichkeiten. Um mit dem letzten zu beginnen: Es konnte nicht ohne Einfluß auf die Einstellung gegenüber Ausländern bleiben, daß die meisten von ihnen *unter dem Vorzeichen der „internationalen Solidarität“ durch Regierungsvereinbarung* mit befreundeten „revolutionären“ Staaten in die DDR kamen. Daß viele Menschen nicht bereit waren, das Plansoll von oben verordneter Völker-

freundschaft zu erfüllen, durfte nicht zur Kenntnis genommen werden. Dadurch hätte das „internationalistische“ und „antirassistische“ Selbstverständnis des Systems als Selbstbetrug entlarvt werden können. Also wurde verdrängt. Andere Lebensweisen zu respektieren sei nirgends eingeübt worden, „schon gar nicht in der Schule“, diagnostizierte die Ausländerbeauftragte der Regierung de Mai-zière, *Allmuth Berger*.

Auf besonders krasse Weise ist der Widerspruch zwischen ideologischer Norm und sozialpsychologischer Wirklichkeit an der *Einstellung zu Polen* erkennbar. Unter der Tünche der angeblichen Freundschaft zwischen sozialistischen Bruderländern wucherten auf beiden Seiten die schlimmsten überkommenen Vorurteile. Weil es sie nicht geben durfte, konnte auch nichts gegen ihre Überwindung getan werden. Und fast noch schlimmer: In einer Mischung aus Mißtrauen und Gleichgültigkeit wurde, ob am Arbeitsplatz oder unter Jugendlichen und Studenten in Wohnheimen, aus dem mehr erzwungenen Zusammenleben kaum einmal persönliche Begegnung.

So ist nicht verwunderlich, daß verdrängte Ressentiments *jetzt* aufbrechen: Die neugewonnene Meinungsfreiheit läßt es zu, und die Unsicherheit angesichts der wirtschaftlichen und sozialen Lage fördert es. Wie schnell Ausländer zu Sündenböcken gestempelt werden, wenn es vermeintliche oder tatsächliche Ungerechtigkeiten gibt, läßt sich auch in der Bundesrepublik nur zu gut beobachten. Dabei hatten die Bundesdeutschen im Unterschied zu ihren Landsleuten in der DDR vier Jahrzehnte Zeit, weltoffen zu werden und den Umgang mit Menschen aus anderen Ländern und Kulturen zu lernen. Ganz ohne Erfolg ist das zweifellos nicht geblieben. Insofern sollte man die Stimmungen in der DDR nicht dramatisieren, sondern auf Bewußtseinswandel setzen. Anfällig sind aber auch viele Bundesdeutsche immer noch. Insofern gibt es allen Grund, dem Aufkommen gesamtdeutscher ausländerfeindlicher Stimmungen entgegenzuwirken. *ko*